

Neue Westfälische

Paderborner Kreiszeitung



Freitag, 28. Juni 2024 – 2,60 EUR

nw.de

Nr. 148/26, 214. Jahrgang
Unabhängig – Überparteilich

Paderborn: Maßnahmen gegen Straßenlärm



Paderborn. Von Straßenlärm werden Tausende Paderbornerinnen und Paderborn belästigt. Im Ausschuss für Umwelt, Klima und Mobilität ging es nun auch darum, welche Möglichkeiten zur Straßenlärm-Reduzierung bestehen. Für bestimmte Straßen ist daher in der Prüfung, die Höchstgeschwindigkeit zu senken.

Mbappé bowlt in der Libori-Galerie

Paderborn. Der Weltstar unternimmt mit Kollegen einen Ausflug zum Bowling. Auf der Bahn nebenan feiern Kinder Geburtstag – für sie macht Mbappé dann eine Ausnahme.

So planen Kommunen für die Grundsteuer

Kreis Paderborn. Im kommenden Jahr ändern sich die Bescheide für Grundeigentümer. Jetzt reagieren die Rathäuser im Paderborner Land auf Empfehlungen aus Düsseldorf.

OWL und NRW

24.000 neue Solar-Anlagen in OWL

Herford. Das Landschaftsbild wird sich durch erneuerbare Energien verändern, heißt es vom Energiekonzern Westfalen Weser: „Wir werden mit der Bevölkerung ehrlich sein müssen.“ Doch wo in OWL werden besonders viele Anlagen entstehen?

Unwetter sorgen für Überflutungen

Bielefeld/Detmold. Im Detmolder Ortsteil Klüt ist es zu sintflutartigen Regenfällen gekommen. Keller sind vollgelaufen, Straßen mussten gesperrt werden. Auch in anderen Teilen der Region kam es zu schweren Niederschlägen.

Sport

Trainerin leistet Pionierarbeit

Ingolstadt. Sabrina Wittmann ist die erste Cheftrainerin im deutschen Profi-Fußball. Um ihre Rolle als Vorbild und Wegbereiterin hat sie sich bislang noch gedrückt. Doch das ändert sich jetzt.

WETTER



Politik

Bolivien am Rande einer Staatskrise

La Paz. Bolivien stand am Mittwoch für einige Stunden am Rande einer Staatskrise: Ein mutmaßlicher Putschversuch des Militärs erschütterte das südamerikanische Andenland.

Aus aller Welt

Traurige Gewissheit im Fall Arian

Bremervörde. Der vermisste Arian aus Niedersachsen ist tot. Bei der am Montag gefundenen Kinderleiche handelt es sich um den Sechsjährigen, wie eine rechtsmedizinische Untersuchung ergab.

Sport

Georgien feiert EM-Party

Gelsenkirchen. Mit dem denkwürdigen Sieg gegen Portugal steht EM-Neuling Georgien überraschend im Achtelfinale. In Tiflis feierten die Menschen mit Autokorsos und tanzten ausgelassen.

Wir sind für Sie da!

Redaktion: Tel. 05 21/55 50 • E-Mail: redaktion@nw.de
Aboservice: Tel. 05 21/55 58 88 • E-Mail: abo-service@nw.de
Anzeigenservice: Tel. 05 21/55 53 33 • E-Mail: anzeigen@nw.de
Kartenvorverkauf: Tel. 05 21/55 54 44



facebook.com/
neuewestfaelische



Foto: Karin Sinker/OWL

Prinz tauft Fohlen

Kreis Lippe. Das lässt sich Prinz Stephan nicht nehmen: Das Oberhaupt des Hauses Lippe ist Taufpate des tierischen Nachwuchses im Detmolder Freilichtmuseum. Dort erblickte „Donop“ das Licht der Welt. Das Hengstfohlen gehört zur äußerst seltenen Rasse der Senner Pferde, deren Erhalt sich das von Marie Luisa Allemeyer (Foto) geleitete Museum verschrieben hat. Weltweit gibt es nur etwa 60 Tiere. Bis 1919 lag die Zucht nur in der Hand des Detmolder Geschlechts. Da die Senner Pferde urkundlich schon 1160 erwähnt wurden, gelten sie als älteste Pferderasse Deutschlands. **OWL und NRW**

Neues Gesetz ermöglicht den Doppelpass für alle

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts seit Donnerstag in Kraft – Vorsitzender der Türkischen Gemeinde spricht von „Akt der Anerkennung“ vieler Lebensrealitäten

Anne-Beatrice Clasmann

Berlin. Mit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes hat die Ampelkoalition eines ihrer zentralen Vorhaben in der Migrationspolitik verwirklicht. Die seit Donnerstag geltenden neuen Regeln sehen kürzere Fristen vor und erlauben den Doppelpass ab sofort für alle. Umstritten sind sie nach wie vor.

Es sei gut, dass sich das Gefühl vieler Bürgerinnen und Bürger, mehrere Heimaten und Zugehörigkeiten zu haben, nun endlich auch in Form von zwei Pässen manifestiere, sagte der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Gökay Sofuoğlu. Gerade für die türkistämmige Bevölkerung sei das ein Akt der Anerkennung ihrer Lebensrealität und auch der Wertschätzung ihrer Leistungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. „Umso mehr trifft mich die erneute

pessimistische Debatte, in der so getan wird, als gäbe es fortan irgendwas geschenkt für Menschen, die sich hier nicht anstrengen würden“, sagte Sofuoğlu.

Die Unionsfraktion hatte angekündigt, sie wolle die Reform nach der nächsten Bundestagswahl, sollte ihr das dann möglich sein, rückgängig machen. Die AfD-Fraktionsvorsitzende, Alice Weidel, sagte am Donnerstag: „Die Migra-

tionskrise wird verschärft, das deutsche Staatsvolk, der Souverän, wird ohne Einverständnis transformiert.“

Das von der Ampelkoalition formulierte Gesetz sieht vor, dass ein Anspruch auf Einbürgerung nun schon nach fünf statt bisher acht Jahren besteht – vorausgesetzt, der Antragsteller erfüllt alle Bedingungen. Bei besonderen Integrationsleistungen sollen Ausländerinnen und Ausländer be-

reits nach drei Jahren Deutsche werden können. Voraussetzung für die schnellere Einbürgerung sind gute Leistungen in Schule oder Job, hervorragende Sprachkenntnisse oder ehrenamtliches Engagement. Mehrstaatigkeit wird generell zugelassen.

Alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern erhalten ab sofort die deutsche Staatsangehörigkeit und können die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten, wenn mindestens ein Elternteil seit mehr als fünf – statt bisher acht – Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Die sogenannte Optionsregelung, die bisher für nicht in Deutschland aufgewachsene junge Menschen galt, entfällt. Um die Leistungen der DDR-Vertragsarbeiter und der Gastarbeiter zu würdigen, wurden für diese Gruppen die Anforderungen für eine Einbürgerung gesenkt.

Nachteile für Alleinerziehende?

Die Bundesvorsitzende der Linken, Janine Wissler, kritisierte, dass trotz der Lockerung viele Menschen von Einbürgerungen ausgeschlossen blieben. Dazu zählten Alleinerziehende, die wegen fehlender Kitaplätze nicht Vollzeit arbeiten könnten. „Für die Betroffenen wird die Einbür-

gerung so zur Lotterie, da es im Ermessen des Amtes liegt, ob diese Menschen eingebürgert werden oder nicht“, meinte Wissler. Sie beklagte zudem, dass wegen Überlastung der Behörden viele Interessierte wohl noch jahrelang auf ihren deutschen Pass warten müssten.

„Kirche in einer umfassenden Krise“

Katholische Bistümer melden dramatischen Mitgliederschwund – Im Erzbistum Paderborn gab es 2023 mehr als 21 600 Austritte

Holger Spierig und Esther Soth

Bonn. Die katholische Kirche in Deutschland hat im vergangenen Jahr fast 592 000 Mitglieder verloren. Hauptgrund für den Mitgliederschwund sind rund 403 000 Kirchnaus-tritte, wie die Bischofskonferenz am Donnerstag in Bonn mitteilte.

Der Limburger Bischof Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, nannte die Zahlen alarmierend: „Sie zeigen, dass die Kirche in einer umfassenden Krise steckt.“ In Nordrhein-Westfalen ging die Zahl der

Katholiken um knapp 192 000 auf 6,24 Millionen zurück.

Den 27 katholischen Bistümern gehörten zum Stichtag 31. Dezember 2023 insgesamt rund 20,3 Millionen Menschen an. Das entspricht einem Rückgang um 2,8 Prozent.

Der Negativtrend macht auch vor dem Erzbistum Paderborn nicht halt. Dort sind 2023 insgesamt 21 667 Katholiken und Katholiken ausgetreten. Laut Bistum seien das zwar 5244 Menschen weniger als im Vorjahr, als 26 911 Personen der Kirche den Rücken kehrten. Die Zahl von 2023 sei allerdings die zweithöchste in der Austrittsstatistik, heißt es

in einer Mitteilung aus Paderborn. Die Zahl liege damit weiterhin auf einem „dramatischen und erschütternden Niveau“, erklärte Generalvikar Michael Bredeck. Das Erzbistum zählte auf seinem Gebiet rund 1,3 Millionen Mitglieder.

Bischof Bätzing wertete den Mitgliederverlust als Zeichen, dass Reformen notwendig seien. Sie allein würden die Kirchenkrise nicht beheben, „aber die Krise wird sich ohne Reformen verschärfen“, sagte er. Kirche müsse nahe an der Lebenswirklichkeit der Menschen sein. Besonders junge Leute und deren Familien seien in den Blick zu nehmen.

Stiko empfiehlt RSV-Schutz für Säuglinge

Berlin. Für Neugeborene und Säuglinge empfiehlt die Ständige Impfkommission (Stiko) ab sofort einen Antikörper-Wirkstoff zum Schutz vor dem Respiratorischen Synzytial-Virus (RSV). „Eine schwere Atemwegserkrankung mit RSV ist der häufigste Hospitalisierungsgrund für Kinder im ersten Lebensjahr“, sagte Stiko-Mitglied Julia Tabatabai im Vorfeld der Veröffentlichung. Während des ersten Lebensjahres müsse jedes vierte Kind mit einer RSV-Infektion medizinisch behandelt werden.

Die vom Robert Koch-Institut (RKI) veröffentlichte Empfehlung sieht eine Impfung für alle Neugeborenen und Säuglinge vor, unabhängig von möglichen Risikofaktoren. Gespritzt werden soll der Wirkstoff in der ersten RSV-Saison, die auf die Geburt folgt. Empfohlen wird eine Injektion des Antikörpers Nirsevimab.

Die Saison geht üblicherweise von Oktober bis März. Für Neugeborene, die während einer RSV-Saison auf die Welt kommen, empfiehlt die Stiko die Gabe möglichst rasch nach der Geburt vor Entlassung aus der Geburtseinrichtung.

Anzeige

Knüller der Woche
vom 24.06. bis zum 30.06.2024

Sonderprägung
UEFA EURO 2024™ Pokala

Nur so lange der Vorrat reicht!

Ihr NW-Kartenvorteil!
Statt 69 € nur **49 €**
Sie sparen 20 € mit der NW-Karte!

Jetzt bestellen!
nw.de/knuellerderwoche
Preis zzgl. Versandkosten

nwshop@nw.de

NRW-Wirtschaft wächst stärker als angenommen

Düsseldorf/Essex (Inw). Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wird sich nach Einschätzung von Konjunkturforschern in diesem Jahr etwas stärker erholen als noch im Frühjahr angenommen. Erwartet wird jetzt ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, berichtete das RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung in Düsseldorf. Für ganz Deutschland rechnen die Forscher mit einem Wachstum von 0,4 Prozent. Ende Februar hatte das RWI noch mit nur 0,3 Prozent Wachstum für NRW gerechnet.

„Unter den hohen Energiepreisen infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat vor allem die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen gelitten“, teilte das Wirtschaftsministerium dazu nun in Düsseldorf mit. Entsprechend falle jetzt die Erholung stärker aus als in Deutschland insgesamt, sagen die Experten.

Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) äußerte sich erfreut über die neue Prognose: „Mit einer besseren Konjunktur lassen sich auch die strukturellen Probleme leichter angehen. Unsere Politik muss endlich ‚enkelfähig‘ werden – damit der Planet auch für kommende Generationen lebenswert bleibt“, sagte sie.

Land sagt Sicherheit bei Kita-Planung zu

Düsseldorf (Inw). Die schwarz-grüne Landesregierung hat Kommunen und Trägern Planungssicherheit beim Ausbau von Kita-Plätzen zugesagt. „Es liegt keine Aussetzung der Förderungen für den Kita-Ausbau vor“, sagte Familienstaatssekretär Lorenz Bahr im zuständigen Ausschuss des Landtags. Sowohl freie als auch öffentliche Träger und Tagespflegen könnten weiterhin Anträge auf Investitionskostenförderung stellen. In diesem Jahr stehen nach der Aufstockung der Fördersumme des Landes um 85 Millionen Euro insgesamt 200 Millionen Euro für den Kita-Ausbau bereit.

Diese Zeitung hatte kürzlich berichtet, dass aus Geldmangel keine Förderanträge der Kommunen mehr bewilligt würden. Das Ministerium hatte daraufhin kurzfristig bekannt gegeben, dass im laufenden Haushaltsjahr weitere 85 Millionen Euro für den Kita-Ausbau bereitgestellt würden.

Gespannte Mausefallen auf Spielplatz

Soest (AFP). Auf dem Gelände eines Kindergartens im nordrhein-westfälischen Bad Sassendorf haben Unbekannte gespannte Mausefallen ausgelegt. Die Fallen seien auf dem Spielplatz der Einrichtung im Ortsteil Lohne entdeckt worden, teilte die Polizei in Soest mit. Die Fallen müssten zwischen 18.00 Uhr am Mittwochabend und 10.00 Uhr am Donnerstagvormittag ausgelegt worden sein, hieß es von den Ermittlern weiter. Mausefallen könnten schwere Verletzungen verursachen.

Mutmaßlicher Täter schweigt

Am Donnerstag wurde Untersuchungshaftbefehl gegen einen 18-Jährigen erlassen, der am Wochenende in Bad Oeynhausen einen 20-Jährigen zu Tode geprügelt haben soll.

Nicole Sielermann

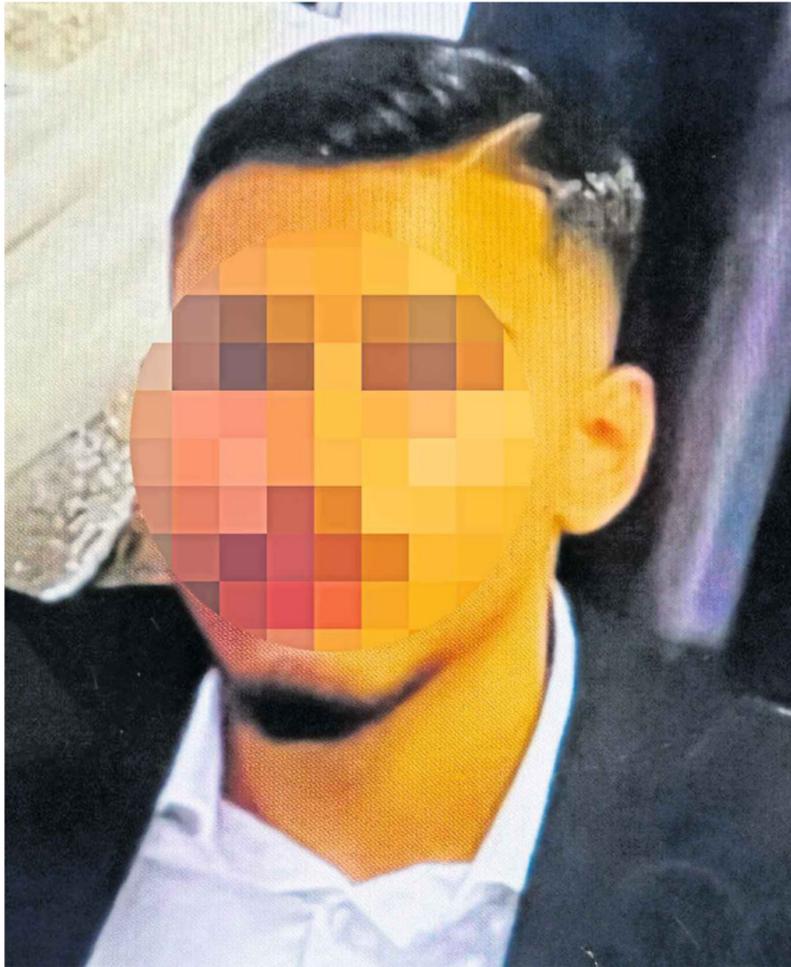
Bad Oeynhausen. Nach dem Tod eines 20-jährigen Minderjährigen, der am Wochenende auf den Kurhausterrassen in Bad Oeynhausen zu Tode geprügelt wurde, hat das Amtsgericht Bielefeld einen Untersuchungshaftbefehl gegen den am Mittwochnachmittag festgenommenen 18-jährigen Syrer erlassen. Der Haftbefehl wurde mit vollendetem Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung begründet, wie Staatsanwaltschaft und Polizei Bielefeld mitteilen.

Wie von Sinnen soll der 18-Jährige auf das Opfer (20) eingeschlagen haben – auch, als dieses bereits am Boden lag. Begleiter des Tatverdächtigen sollen in der Nacht zu Sonntag vergeblich versucht haben, den Mann zurückzuführen. Offenbar gibt es weitere Beteiligte, die die Tat gefilmt haben. Bisher schweigt der 18-Jährige, der vor sechs Jahren mit seiner Familie als Flüchtling aus Syrien nach Deutschland kam, zu den Vorwürfen.

Opfer-Familie distanziert sich von rechten Mahnwachen

Der festgenommene junge Mann ist bereits polizeibekannt – unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Diebstahls und Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Nach polizeilichen Erkenntnissen sollen auch drei Deutsche zur Tätergruppe gehören. Nach Informationen dieser Zeitung soll der Tatverdächtige außerdem einem Box-Ring angehören.

Die Gewalttat gegen den Mindener Philipos, der einen griechischen Vater und eine polnische Mutter hat, nutzt auch die rechte Szene, um vehement gegen Flüchtlinge zu hetzen. Die Familie von Philipos distanziert sich ebenso vehement von Mahnwachen rechter Gruppierungen und rechter Propaganda. „Wenn wir zulassen, dass die Rechten Philipos Tod ausschlagen, dann sind wir bald alle Opfer“, sagt Georgios Tsanis, der Onkel des Getöteten, am Rande der von Bad Oeynhausen Bürgermeister Lars Bökenkröger initiierten Gedenkminute. Tsanis fordert im Gespräch mit



Ist dieser junge Mann der mutmaßliche Haupttäter der Kurpark-Schlägerei?

Foto: nw

dieser Zeitung alle Menschen auf, gegen rechte „Mahnwachen“ aufzustehen. „Unser Philip hätte nicht gewollt, dass die Rechten seinen Tod nutzen“, so die Familie, die Philipos’ Organe spendete.

Erst seit einigen Monaten wohnt der Täter mit Eltern und Geschwistern in Bad Oeynhausen, vorher waren sie fünf Jahre in Baden-Württemberg gemeldet. „Entgegen anders lautender Behauptungen hat die Familie nie in einer städtischen Unterkunft gewohnt und nie Leistungen von der Stadt bezogen“, betont Bad Oeynhausens Pressesprecher Volker Müller-Ulrich auf Nachfrage. Angeblich soll der Täter gut Deutsch sprechen und für den Sommer einen Ausbildungsvertrag haben.

Das Opfer, Philipos, war am vergangenen Samstag als Gast auf der Abfeier seiner jünge-

ren Schwester im Kaiserpalais im Kurpark von Bad Oeynhausen. Weil er gegen 1.30 Uhr nach Hause wollte, verließ Philipos mit einem 19-jährigen Freund sowie einer weiteren Person das Kurhaus – bereits nach wenigen Metern soll es noch auf den Terrassen zu einem Streit mit einer zehnköpfigen Gruppe gekommen sein. Philipos verstarb am Dienstag an seinen schweren Kopfverletzungen.

Nach dem aktuellen Kenntnisstand, so Polizei und Staatsanwaltschaft, soll die Gewalt ausschließlich von dem 18-Jährigen ausgegangen sein. Die zum Haupttäter gehörige Gruppe bestehe nach aktuellem Kenntnisstand aus mindestens drei weiteren Personen im Alter von 18 Jahren mit einer deutschen Staatsbürgerschaft. Die Anzahl der möglichen Tatbeteiligten am Tatort

und mögliche weitere Straftaten mit anderen Opfern seien Gegenstand der Ermittlungen, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Der Hintergrund des möglichen, initialen Streits sei noch nicht geklärt und ebenfalls Teil der Ermittlungen. Die Obduktion des 20-Jährigen bestätigte, dass der Mindener infolge der multiple stumpfen Gewalteinwirkung gegen seinen Kopf verstarb.

Der Leiter der Mordkommission „Palais“, Kriminalhauptkommissar Markus Ickler, bittet Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen, die in Tatortnähe stattgefunden haben, ihre Fotos und Videos zu sichten: „Sollten Sie den Verdacht haben, dass auf Ihrem Material ein Bezug zu den Umständen der Tat zu erkennen ist, stellen Sie uns dieses bitte zur Verfügung.“

Seltene Pferderasse erhält Nachwuchs

Züchterfolg in Detmold: Hengstfohlen „Donop“ erblickt im Freilichtmuseum das Licht der Welt.

Detmold. Im LWL-Freilichtmuseum Detmold gibts erneut Nachwuchs bei den Senner Pferden. „Donop“ hat am 3. Juni das Licht der Welt erblickt und ist jetzt von seinem Paten Stephan Prinz zur Lippe getauft worden.

Das LWL-Freilichtmuseum beteiligt sich nach eigenen Angaben aktiv an der Zucht seltener Haustierrassen – darunter etliche, die vom Aussterben bedroht seien. Besonders große Aufmerksamkeit erfährt dabei der Nachwuchs der äußerst seltenen Senner Pferde. „Deshalb freut sich das Museum des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) besonders über die Geburt des inzwischen 14. Fohlens aus der eigenen Nachzucht. Das Hengstfohlen ist das dritte von Mutter Odette“, erklärt der LWL in einer Pressemitteilung.

Man sehe es dem munteren Fohlen nicht an, aber die Rasse der Senner Pferde stehe

nach wie vor auf der Roten Liste der gefährdeten Nutztierarten in Deutschland und werde von der Gesellschaft zur Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen in Gefährdungsstufe I (extrem gefährdet) gelistet. Weltweit gebe es nur rund 60 Tiere. „Das lippische Fürstenhaus hat eine besondere Beziehung zu den Sen-



Stephan Prinz zur Lippe (v.l.) freut sich mit Museumsdirektorin Marie Luisa Allemeyer und Landwirt Ulrich Meier über den Nachwuchs bei den Senner Pferden.

Foto: LWL/Karin Stuke

nen Heidellandschaft und dem Teutoburger Wald gehalten. Futter bekamen sie in der Wildbahn nur im äußersten Notfall. Jungpferde wurden regelmäßig aus der Herde entnommen und zu Reit- und Wagenpferden ausgebildet. Neben der Nutzung im eigenen Marstall dienten die Senner Pferde dem Lippischen Fürstenhaus auch als beliebte Geschenke. Ab dem Jahr 1874 ging die Zahl der Pferde deutlich zurück, 1935 wurden die letzten 16 Senner auf dem Marktplatz in Detmold versteigert.

Nur dem Engagement einzelner Privatzüchter ist es nach Angaben des Landschaftsverbandes zu verdanken, dass die Zucht mit einigen wenigen Tieren fortgeführt wurde. Im Jahr 1993 seien die Senner bei der Welternährungsorganisation FAO sowie der Tierärztlichen Hochschule Hannover als bedrohte Tierrasse registriert worden.

NRW-Verlage fordern steuerliche Entlastungen

Um ihre Zukunft zu sichern und die Pressevielfalt zu erhalten, sehen sie den Staat in der Pflicht.

Arne Meyer

Solingen. Um Zeitungsverlage in Deutschland finanziell zu entlasten, fordern die Verleger in Nordrhein-Westfalen eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Presseprodukte. „Auf freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung darf es keine Steuer geben“, erklärte der Vorsitzende des Digitalpublisher und Zeitungsverleger Verbands in NRW (DZV.NRW), Christian DuMont Schütte.

Der Staat habe die Verantwortung, sich für den Erhalt einer starken und freien Presse einzusetzen, sagte DuMont Schütte bei der Jahreshauptversammlung der NRW-Verleger in Solingen. „Stattdessen werden die Zeitungsverlage aktuell mit erheblich wachsenden finanziellen Belastungen konfrontiert – nicht zuletzt aufgrund staatlicher Entscheidungen.“ Die Verlage müssten derzeit viel Geld in digitale journalistische Produkte investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

In der Bundespolitik wird seit Jahren eine Förderung von Pressehäusern diskutiert, die sich unter anderem mit stei-

genden Vertriebskosten, Energiepreisen, Inflation und rückläufigen Auflagen konfrontiert sehen. Es gab mehrere Anläufe und Modelle für eine Unterstützung – bislang wurde nichts umgesetzt. Im Koalitionsvertrag der Ampel steht die Prüfung von Fördermöglichkeiten. DuMont Schütte kritisierte die Bundesregierung, die „beim Projekt Presse-Infrastrukturförderung an sich und ihren eigenen Ansprüchen gescheitert“ sei.

Eine weitere Herausforderung für die Verlage bleibe die rasant zunehmende Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI). Angesichts der Marktmacht großer IT-Konzerne wie Google forderte DuMont Schütte politische Unterstützung auf Bundes- und EU-Ebene: „Wir benötigen schnellstmöglich robuste Schutzrechte für journalistische und verlegerische Inhalte und effektiven wettbewerbsrechtlichen Schutz gegen die großen digitalen Gatekeeper und KI-Plattformen.“

Der Digitalpublisher und Zeitungsverleger Verband NRW vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von knapp 40 Mitgliedsunternehmen.

Geldmittel für Radwege zum Großteil ungenutzt

Am Fortschritt des Ausbaus gibt es Kritik. Die Regierung will das Tempo erhöhen.

Jonas-Erik Schmidt

Düsseldorf. Von den Mitteln, die Nordrhein-Westfalen für Radschnellwege zur Verfügung stellt, ist in den vergangenen Jahren nur ein überschaubarer Teil ausgegeben worden. Darüber berichtete der WDR. Die Millionensummen, die zur Verfügung stünden, würden nicht genutzt.

Wie das NRW-Verkehrsmministerium auf Anfrage mitteilte, wurden von 2017 bis 2023 insgesamt 86,75 Millionen Euro bereitgestellt. Ausgegeben worden seien für die Radschnellwegebauinfrastruktur in diesem Zeitraum rund 13,3 Millionen Euro; inklusive Planungskosten. „Die bisherigen Fortschritte beim Bau der Radschnellwege, die bis in Jahr 2013 zurück gehen, sind nicht zufriedenstellend“, erklärte eine Sprecherin des Ministeriums. Planungs- und Umsetzungsprozesse seien bisher „kompliziert und schwerfäll-



Fahrradfahrer nutzen einen Radschnellweg.

Foto: dpa

lig“ gewesen. Das gehe die Landesregierung seit dem Regierungswechsel allerdings „ambitioniert an“. Mit mehreren eingeleiteten Maßnahmen solle das Tempo bei der Umsetzung von Radschnellwegen „deutlich“ gesteigert werden.

„Unabhängig von den konkreten Radschnellwege-Projekten setzen wir bei der Radinfrastruktur insgesamt den Neu- und Ausbau von Radwegen auch in diesem Jahr mit hohem Tempo fort“, ergänzte die Sprecherin.

Persönlich



Neuer Vorsitzender

Jens Prager, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld, ist neuer Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bürgerschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH. Prager gehörte dem Aufsichtsrat bereits seit 2022 als ordentliches Mitglied an.

Foto: Dieckmann



EM-Zuschauer

Hendrik Wüst (48), NRW-Ministerpräsident, wird beim ersten Auftritt der deutschen EM-Elf in NRW im Stadion dabei sein. Damit folgt Wüst, der auch für Sport zuständig ist, einer Einladung des Dortmunder Oberbürgermeisters. Am Samstag trifft die deutsche Elf auf Dänemark.

Foto: dpa